FORSCHUNG

Teufel in den Ethikrat

Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel soll dem neuen Deutschen Ethikrat angehören. Teufel wurde von Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) für den Posten vorgeschlagen und soll am 13. Februar mit zwölf weiteren Kandidaten der Regierung vom Bundeskabinett offiziell nominiert werden. Der Christdemokrat zählt zu den Kritikern der Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen, hatte sich aber in seinem Bundesland für die Wissenschaftsförderung eingesetzt. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt hat Teufel 2005 in München ein Philosophiestudium aufgenommen. Er zählt auf der Kandidatenliste der Regierung zu den wenigen neuen Gesichtern, die nicht bereits dem aufgelösten Nationalen Ethikrat angehört haben. Der Bundestag soll nach dem derzeitigen Zeitplan der Koalition seine 13 Kandidaten einen Tag nach dem Kabinett benennen, also am selben Tag, an dem die Abgeordneten auch über neue Regeln für die Stammzellforschung debattieren. Vom früheren Gremium unterscheidet sich der neue Rat dadurch, dass er nicht allein der Regierung unterstellt ist, sondern auch dem Parlament. Die Nominierung der 26 Mitglieder hatte sich wegen Querelen zwischen Union und SPD um ein halbes Jahr verzögert.

IMUETIYAN IDEHEN / FACE TO FACE

Teufel

KIRCHE

Katholiken contra Schäuble

Ein Ende des Beichtgeheimnisses und der Vertraulichkeit von Seelsorgegesprächen befürchtet die katholische Kirche, wenn die neuesten Abhörpläne aus dem Hause von Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) weiterverfolgt werden. Der für die Verbindung von Parlament und Kirche zuständige Prälat Karl Jüsten kritisierte die geplante Reform des BKA-Gesetzes diese Woche äußerst scharf: „Wo kommen wir hin, wenn die Menschen gar keine Person mehr haben, an die sie sich vertrauensvoll wenden können, ohne die Angst zu haben, dass sie belauscht werden?“ Die Politik müsse mit erheblichem Widerstand der Kirche rechnen, sollte dem Bundeskriminalamt – wie vorgesehen – im Einzelfall erlaubt werden, auch Abgeordnete, Anwälte und Geistliche abzuhören. „Das vertrauensvolle Gespräch mit dem Seelsorger, oft die letzte Anlaufstelle für Menschen mit Sorgen, darf nicht in Frage gestellt werden“, warnt Jüsten. Der Entwurf müsse ganz vom Tisch, sagt der Prälat: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass ausgerechnet eine der ‚C‘-Parteien, die sich den Kirchen besonders verpflichtet sehen, am Beichtgeheimnis rüttelt.“

Beichte (beim Weltjugendtag)

JOCHEN ECKEL / ACTION PRESS

SICHERHEIT

Schützenhilfe für Zypries

Massiven Widerstand kündigt die FDP gegen die geplanten EU-Regelungen zur Speicherung der Daten von Flugpassagieren an. „Erst die Vorratsdatenspeicherung und nun die Fluggastdaten – es ist an der Zeit, den Irrweg der EU-Kommission zu stoppen“, sagt die innenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Gisela Piltz. Der Vorschlag von Kommissionsvizepräsident Franco Frattini, der vorsieht, vom Reiseziel bis zur Sitzplatznummer künftig 19 Informationen pro Passagier mit Zielen außerhalb der EU zu speichern und 13 Jahre lang vorzuhalten, sei „ein weiterer Schritt zur flächendeckenden Überwachung der Menschen in der EU und ein Abschied vom Datenschutz“, so Piltz.

BLICKWINKEL / MCPHOTO

Flughafen-Terminal (in Hamburg)

Der ehemalige Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch spricht angesichts der Frattini-Pläne von „einem Akt der legislativen Hysterie“. Alexander Alvaro, innenpolitischer Sprecher der liberalen Fraktion im EU-Parlament, kündigt gar „Schützenhilfe“ für Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) an. Sie hatte beim Europäischen Polizeikongress zum Ärger des ebenfalls anwesenden Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble erklärt, die EU-Pläne seien in ihrer jetzigen Form „nicht mit deutschem Verfassungsrecht vereinbar“. Im Innenministerium wertet man die Äußerung als weitere Provokation im Dauerkonflikt der beiden Häuser: Zuvor hatten die Staatssekretäre Lutz Diwell (Justiz) und Peter Altmaier (Inneres) versucht, für den neuen Konfliktstoff gütliche Sprachregelungen zu finden. Daran, so zürnt man nun im Schäuble-Ressort, habe sich die Ministerin nicht gehalten; das internationale Publikum des Polizeikongresses müsse den Eindruck gewonnen haben, die deutsche Regierung spreche nicht mit einer Stimme, heißt es im Umfeld des Ministers.